



Wie steht Ihre Partei zur Einführung eines „Tierschutzdienstes“/einer „Task Force Tierschutz“, die überregional in ganz Hessen alle amtlich tätigen Tierärzte/Tierärztinnen und Veterinärämter bei aktuellen Fragen zu den Themen „Tiertransport“, „Überwachung reisender Betriebe mit Tieren (z. B. Zirkusse)“, „Veranstaltungen mit Tieren (z.B. Reptilienbörsen)“ sowie bei der technischen Überwachung insbesondere der Betäubungsgeräte an den Schlachtstätten unterstützt?

In den letzten 15 Jahren haben sich die Aufgaben der Veterinärämter insbesondere in den Bereichen „Tierschutz“ und „Verbraucherschutz“ dramatisch vermehrt und vervielfältigt. Dazu trug insbesondere auch die europäische Gesetzgebung bei. Die personelle Ausstattung mit Tierärzten, Tiergesundheitsaufsehern und Verwaltungsmitarbeitern wurde auf den hessischen Veterinärämtern aber nur punktuell verbessert.

CDU

Tierschutz ist verfassungsrechtliches Staatsziel und als solches für die CDU Hessen von großer Bedeutung. Die in Deutschland geltenden Tierschutzstandards gehören zu den höchsten der Welt. Ihre Einhaltung ist entsprechend sicherzustellen und zu kontrollieren. In Hessen sind hierfür die Landkreise und kreisfreien Städte zuständig, da diese über die bessere Sachkenntnis vor Ort verfügen. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhalten die Kommunen finanzielle Mittel des Landes, die Wahrnehmung erfolgt in eigener Verantwortung der Kommunen. Die Unterstützung der Kommunen in ihrer Aufgabenwahrnehmung, durch eine zusätzliche Instanz wäre mit diesen abzustimmen. In jedem Fall wollen wir eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Fragen des Lebensmittelrechts gründen, die gegebenenfalls auch die hier beschriebenen Verstöße besonders fachkundig bearbeiten kann.

SPD

Tierschutz wie Verbraucherschutz haben für uns einen hohen Stellenwert. Zahlreiche Lebensmittelskandale haben gezeigt, dass hier mangels ausreichender Kontrollen – aufgrund von zu wenig Personal – offenbar nur die Spitze des Eisbergs erkannt wird. Massiver Personalabbau hat in Hessen in den letzten Jahren die Situation weiter verschärft. Wir wollen daher den tierärztlichen Verbraucherschutz wie den tierärztlichen Tierschutz deutlich ausbauen und durch mehr Personal auch eine angemessene Überwachung und mehr Kontrollen ermöglichen.

B90/Die Grünen

Wir Grüne stehen einer solchen Einrichtung positiv gegenüber und sind dafür, dass die Beratung und die technische Überwachung im Tierschutz verbessert werden.

FDP

Wir Liberale setzen uns für eine wissenschaftlich abgesicherte und praxistaugliche Verbesserung des Tierschutzes ein. Wissenstransfer und -austausch zwischen allen Verwaltungsebenen ist für einen effizienten Vollzug der Tierschutzgesetze unerlässlich. Insofern stehen wir der Einführung einer „Task Force“ für die von

Ihnen genannten Themen Tiertransport, reisende Betriebe, Tierbörsen auch sehr offen gegenüber. Hierbei erscheint es uns allerdings sehr sinnvoll, die Kompetenzen der schon bestehenden „TaskForce“ Tierseuchen, Lebensmittelsicherheit und Tierarzneimittel zu bündeln und in einer Gesamteinheit zusammenzuführen, die den gesamten Bereich der Tiergesundheit abdeckt. Durch den Einsatz eines interdisziplinären Teams können neue Erkenntnisse und Sachstände optimal verzahnt und genutzt werden. Daher wollen wir eine Spezialeinheit nach bayerischem Vorbild etablieren, die neben Beratungs- und Unterstützungskompetenzen auch mit Rechten und Vollzugskompetenzen ausgestattet ist, um einen hessenweiten breitgefächerten Überblick über Defizite zu erlauben ohne unnötige Doppelzuständigkeiten und bürokratische Hürden zu begründen.

Die Linke

In der Tat haben die Aufgaben der Veterinärämter durch die europäische Rahmengesetzgebung an Art und Umfang zugenommen. Eine solche Task Force ist zu begrüßen, angesichts zahlreicher Vollzugsdefizite gerade beim Transport von Tieren bzw. der konsequenten Überwachung von Zirkusbetrieben, wie das jüngste Beispiel des dritten toten Elefanten des Zirkus Renz zeigt. Auch bei der Überprüfung von Betäubungsgeräten besteht angesichts einer Fehlbetäubungsquote von drei bis 5 Prozent (was dazu führt, dass jährlich 200.000 Rinder und 500.000 Schweine ohne Betäubung geschlachtet werden bzw. in den Verarbeitungsprozess gelangen), Handlungsbedarf. Ebenso ist es denkbar, dass speziell geschulte Tierschützer, gegen eine angemessene Aufwandsentschädigung, die Arbeit der Amtsveterinäre unterstützen. Dieser Vorschlag wurde bereits vor einigen Jahren im Tierschutzbeirat, in dem DIE LINKE. auch vertreten ist, diskutiert. Tierschützer könnten vorab eine Meldung über einen Missstand überprüfen; sollte kein Handlungsbedarf bestehen, muss der Amtsveterinär nicht ausrücken. Ganz wichtig ist in diesem Zusammenhang die Einführung der Tierschutz-Verbandsklage für anerkannte Tierschutzorganisationen.

Wie plant Ihre Partei den Verbraucherschutz und die Stellung des Tierarztes im Verbraucherschutz zu unterstützen?

Der Tierarzt spielt eine große Rolle im Verbraucherschutz („from the stable to the table“ oder „vom Stall bis auf den Tisch“). Damit die Überwachung (Futtermittel, Tierhaltung, Tierseuchenabwehr, Tiertransport, Schlachttier- und Fleischuntersuchung, Lebensmittelüberwachung) von höchster Qualität auch effektiv erfolgen kann, ist Personal notwendig.

CDU

Tierschutz und Verbraucherschutz sind uns als CDU Hessen sehr wichtig. Daher bestehen in Hessen und in Deutschland in beiden Bereichen die im internationalen Vergleich höchsten rechtlichen Standards. Dies und die gute Arbeit aller Beteiligten führen dazu, dass Verbraucherschutz und Tierschutz in einem hohen Maße gewährleistet sind. Tierärzte leisten einen wichtigen Beitrag innerhalb der gesamten Prozesskette zur Erzeugung unbedenklicher, hochwertiger Lebensmittel. Sie betreuen die Nutztierbestände, überwachen die Lebensmittelsicherheit bei Schlachtungen und prüfen die Qualität der im Handel angebotenen Nahrungsmittel. Dennoch stehen Tierärzte, Behörden und Tierhalter

gemeinsam in der Pflicht, Tierschutz und Verbraucherschutz insbesondere in der Nutztierhaltung sicherzustellen und stetig weiterzuentwickeln. Als CDU Hessen wollen wir gemeinsam mit Tierärzten und Tierhaltern abgestimmte Maßnahmen zur weiteren Verbesserung des Wohlergehens der Tiere in den Bereichen Tierzucht und Haltung voranbringen.

SPD

s.o.

B90/Die Grünen

Wir Grüne wollen die Kontrolle von Lebensmitteln, Alltagsprodukten und Futtermitteln in Hessen schlagkräftiger machen durch eine finanzielle und personelle Stärkung der amtlichen Kontrollbehörden. Ziel muss es sein, dass nicht nur auf die immer wiederkehrenden Lebensmittelskandale reagiert wird, sondern ein effektiver vorsorgender Verbraucherschutz betrieben werden kann. Künftig sollen die Antibiotikaanwendungen in der Nutztierhaltung im Rahmen der Ausstellung der Gesundheitsbescheinigung regelmäßig von den dafür zuständigen Amtstierärzten in den Kreisen und kreisfreien Städten überprüft werden. Dazu muss die Arbeit der Tierärzte im Bereich der Nutztierhaltung unabhängig erfolgen, um die systembedingten Auswirkungen der industriellen Massentierhaltung zu stoppen. Für mehr Transparenz in der Arzneimittelvergabe müssen auf Bundesebene das Arzneimittelgesetz (AMG) und die DIMDI Arzneimittelverordnung (Verordnung über das datenbankgestützte Informationssystem über Arzneimittel des Deutschen Instituts für Medizinische Dokumentation und Information) dahingehend geändert werden, dass alle Daten der Arzneimittelanwendungen in der Tierhaltung bis hinunter zum einzelnen Bestandstierarzt zentral erfasst und den zuständigen Kontrollbehörden zur Verfügung gestellt werden müssen. Vor allem im Tiertransport muss eine verstärkte Überprüfung auf Einhaltung der Vorschriften stattfinden. Wir wollen daher auch die regionalen Schlachtstätten wenn möglich erhalten, um die Transportwege so kurz wie möglich zu halten und Kontrollen durch Tierärzte und Veterinärbehörden vor Ort so effizient wie möglich gestalten zu können.

FDP

Verbraucherschutz hat für die Liberalen einen hohen Stellenwert. Hierbei gehen wir vom mündigen und aufgeklärten Verbraucher aus, der seine Kaufentscheidung letztendlich auf Basis einer eigenverantwortlichen Bewertung des Produkts trifft. Selbstverständlich muss er sich darauf verlassen können, dass es sich um Qualitätsware handelt, von der keine gesundheitlichen Gefahren ausgehen. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass sich das gegenwärtige Schutzniveau auf Basis von Transparenz und Information kontinuierlich fortentwickelt. Dies betrifft, insbesondere vor dem Hintergrund der vergangenen Lebensmittelskandale, die Lebensmittelsicherheit. Durch die enge Verzahnung mit der Tiergesundheit bei Lebensmittel liefernden Tieren kommt dem Veterinär hierbei eine wichtige Schlüsselposition zu, die im öffentlichen Interesse steht. Vielfache gesetzliche Vorgaben auf nationaler und internationaler Ebene und neue wissenschaftliche Erkenntnisse erhöhen die Anforderungen an diese Berufsgruppe ständig. Wir haben bereits Gesetze des Veterinärwesens und der Lebensmittelüberwachung modernisiert, die zusätzlich die Verbraucherinteressen wahren. Auch weiterhin werden wir uns dafür engagieren, dass diese Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass Veterinäre ihrer hohen Ver-

antwortung für Tier- und Verbrauchergesundheit gerecht werden können und Tierschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begriffen wird.

Die Linke

Durch die Kommunalisierung sind in den vergangenen Jahren bei den Veterinärämtern zahlreiche Stellen weggefallen bzw. wurden nicht mehr neu besetzt. Ebenso wurden Ämter zusammengelegt. DIE LINKE befürwortet, dass Veterinärämter wieder dem Land unterstellt werden. Aber auch eine entsprechende Aufstockung des Personals ist unumgänglich, um die Überwachung von beispielsweise Tiertransporten einzuhalten – und dies auch im Hinblick auf den Tierschutz. In Niedersachsen ist eine Aufstockung der Kontrolleure um 200 Stellen geplant, die zu kontrollierenden Betriebe sollen eine entsprechende Gebühr zahlen. Ein solches Modell wäre auch für Hessen attraktiv.